



Nr. 1162

TU Verteiler 3

Aushang

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technische Universität
Braunschweig

Redaktion:
Geschäftsbereich 1
Universitätsplatz 2
38106 Braunschweig
Tel. +49 (0) 531 391-4306
Fax +49 (0) 531 391-4340

Datum: 24.04.2017

**Neufassung der Ordnung über den Zugang und die Zulassung für
den konsekutiven Masterstudiengang „Lehramt an Grundschulen“
an der Technischen Universität Braunschweig, Fakultät für Geistes-
und Erziehungswissenschaften**

Hiermit wird die Neufassung der Ordnung über den Zugang und die Zulassung für den konsekutiven Masterstudiengang „Lehramt an Grundschulen“ an der Technischen Universität Braunschweig, Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften, die vom Fakultätsrat der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften am 01.02.2017 beschlossen und vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur am 27.03.2017 genehmigt wurde, hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Ordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 25.04.2017 in Kraft.

Ordnung über den Zugang und die Zulassung für den konsekutiven Masterstudiengang Lehramt an Grundschulen an der Technischen Universität Braunschweig

Der Fakultätsrat der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig hat am 01.02.2017 folgende Ordnung nach § 18 Abs. 8 NHG und § 7 NHZG beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Ordnung regelt den Zugang und die Zulassung zum konsekutiven Masterstudiengang Lehramt an Grundschulen für folgende Fächerkombinationen:
Mindestens eines der Fächer muss Deutsch, Englisch oder Mathematik sein. Wird nur eines dieser Fächer gewählt, kann daneben Evangelische Religion, Musik oder Sport gewählt werden.

(2) Sofern eine Ausnahmegenehmigung der für die Laufbahnprüfung für Lehrämter zuständigen Landesbehörde vorliegt, können auch Bewerberinnen und Bewerber mit abweichenden Fächerkombinationen zugelassen werden.

(3) Die Zugangsvoraussetzungen richten sich nach § 2.

(4) Erfüllen in einem zulassungsbeschränkten Studiengang mehr Bewerberinnen und Bewerber die Zugangsvoraussetzungen als Plätze zur Verfügung stehen, werden die Studienplätze nach dem Ergebnis eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens vergeben (§ 4). Erfüllen nicht mehr Bewerberinnen und Bewerber die Zugangsvoraussetzungen als Plätze zur Verfügung stehen, findet ein Auswahlverfahren nicht statt.

§ 2 Zugangsvoraussetzungen

(1) Voraussetzung für den Zugang zum konsekutiven Masterstudiengang Lehramt an Grundschulen ist, dass die Bewerberin oder der Bewerber

- a) 1. entweder an einer deutschen Hochschule oder an einer Hochschule, die einem der Bologna-Signatarstaaten angehört, einen Bachelorabschluss oder diesem gleichwertigen Abschluss in den beiden Fächern, für die die Bewerberin oder der Bewerber die Zulassung beantragt, oder in einem fachlich eng verwandten Studiengang erworben hat, oder
2. an einer anderen ausländischen Hochschule einen gleichwertigen Abschluss in den beiden Fächern, für die die Bewerberin oder der Bewerber die Zulassung beantragt, oder in einem fachlich eng verwandten Studiengang erworben hat; die Gleichwertigkeit wird nach Maßgabe der Bewertungsvorschläge der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen beim Sekretariat der Kultusministerkonferenz (<http://anabin.kmk.org>) festgestellt und
3. die erfolgreiche Absolvierung von Praktika im Gesamtumfang von 8 Wochen, davon schulische Praktika im Umfang von mindestens 4 Wochen nachweist. Falls diese bis zum Bewerbungszeitraum nicht vorgewiesen werden können, kann die Zulassung mit einer Nebenbestimmung verbunden werden (§ 4 Abs. 3 Satz 2), den Nachweis über

die geforderten Praktika bis zum 31.03. (Ausschlussfrist) des darauffolgenden Jahres nachzureichen.

Die Entscheidung, ob das vorangegangene Studium fachlich eng verwandt ist, trifft die Auswahlkommission. Die Feststellung kann mit der Nebenbestimmung verbunden werden, noch fehlende Module bis zur Anmeldung der Masterarbeit nachzuholen. Eine Voraussetzung für die fachliche enge Verwandtheit ist, dass mit dem vorangegangenen Studium das Studienziel Lehramt an Grundschulen verfolgt wird.

(2) Auch bei Erfüllen der Zugangsvoraussetzungen kann eine Nebenbestimmung erteilt werden, um den Anforderungen gemäß der Verordnung über niedersächsische Masterabschlüsse für Lehrämter in Niedersachsen (Nds. MasterVO-Lehr) in der jeweils gültigen Fassung zu entsprechen. Die Erfüllung der Auflagen ist spätestens bei der Anmeldung der Masterarbeit im Prüfungsamt nachzuweisen.

(3) Abweichend von Absatz 1 Buchst. a) sind auch Bewerberinnen und Bewerber vorläufig zugangsberechtigt, deren Bachelorabschluss oder ein diesem gleichwertiger Abschluss zum Bewerbungszeitpunkt noch nicht vorliegt, wenn mindestens 150 Leistungspunkte (83,5 %) im Falle eines Studiengangs mit Gesamtleistungspunktzahl 180 bzw. mindestens 175 Leistungspunkte (83,5 %) im Falle eines Studiengangs mit Gesamtleistungspunktzahl 210 erbracht wurden und zu erwarten ist, dass der Bachelorabschluss oder ein diesem gleichwertigen Abschluss spätestens bis zum 31.03. des jeweiligen Wintersemesters (§ 4 Abs. 3) erlangt wird. Aus den für den Zugang relevanten Leistungen ist eine Durchschnittsnote zu ermitteln, die im Auswahlverfahren nach § 4 Abs. 1 berücksichtigt wird, unabhängig davon, ob das Ergebnis der Bachelorprüfung hiervon abweicht.

(4) Bewerberinnen und Bewerber, die weder eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung aufweisen noch ihren Bachelorabschluss an einer deutschen Hochschule erworben haben, müssen darüber hinaus über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen; Näheres regelt die Ordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerberinnen und -bewerber (DSH) der Technischen Universität Braunschweig, Bek. vom 12.11.2014 (TU-Verköndungsblatt Nr. 1011) in der jeweils gültigen Fassung.

§ 3

Studienbeginn und Bewerbungsfrist

(1) Der Masterstudiengang Lehramt an Grundschulen beginnt jeweils zum Wintersemester. Der Antrag auf Zulassung für den Masterstudiengang Lehramt an Grundschulen ist in Form eines elektronisch auszufüllenden Antragsformulars über das Online-Portal der Hochschule zu übermitteln. Im Anschluss ist das Antragsformular auszudrucken, zu unterschreiben und muss mit den gemäß Absatz 2 erforderlichen Bewerbungsunterlagen bis zum 15.07. (Ausschlussfrist) für das Wintersemester bei der Hochschule eingegangen sein. Anträge auf Zulassung außerhalb des Verfahrens der Studienplatzvergabe und der festgesetzten Zulassungszahlen müssen für das Sommersemester bis zum 20.04. (Ausschlussfrist) und für das Wintersemester bis zum 20.10. (Ausschlussfrist) bei der Hochschule eingegangen sein. Die Anträge nach Satz 2 und 4 gelten nur für die Vergabe der Studienplätze des betreffenden Bewerbungstermins. Die Hochschule ist nicht verpflichtet, die Angaben der Bewerberinnen und Bewerber von Amts wegen zu überprüfen.

(2) Dem Antrag nach Absatz 1 Satz 2 sind – bei Zeugnissen und Nachweisen in beglaubigter Kopie – folgende Unterlagen in beglaubigter deutscher oder englischer Übersetzung, falls die Originale nicht in englischer oder deutscher Sprache abgefasst sind, beizufügen:

- a) 1. das Abschlusszeugnis des Bachelorstudiengangs einschließlich eines Verzeichnisses der absolvierten Module (z.B. Diploma Supplement)
oder
2. wenn dieses noch nicht vorliegt, eine Bescheinigung über die erbrachten Leistungen, die Leistungspunkte, die Gesamtleistungspunkte und über die Durchschnittsnote,
oder
3. falls die Bescheinigung nach § 2 Abs. 2 bis zum 15.07. noch nicht vorliegt, ein Nachweis über bisherige Leistungen im Umfang von mindestens 120 Leistungspunkten. In diesem Fall ist die Bescheinigung nach § 2 Abs. 2 spätestens zum 20.08. (Ausschlussfrist) nachzureichen.
- b) Lebenslauf,
- c) Nachweise nach § 2 Abs. 4,
- d) ggf. Nachweise über bisher absolvierte Praktika im Gesamtumfang von 8 Wochen, davon schulische Praktika im Umfang von mindestens 4 Wochen nach § 2 Abs. 1 Buchst. a) Nr. 3.

Die Anforderungen nach Satz 1 gelten auch für außerkapazitäre Bewerbungen, lassen jedoch die in diesen Verfahren geltenden weitergehenden Anforderungen unberührt. Insbesondere ist eine eidesstattliche Versicherung vorzulegen, dass bisher weder eine endgültige noch eine vorläufig Voll- oder Teilzulassung für den Masterstudiengang Lehramt an Grundschulen mit der beantragten Fächerkombination oder einen verwandten Studiengang für eine Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union erlangt wurde. Aus der eidesstattlichen Versicherung muss die Staatsangehörigkeit hervorgehen.

(3) Bewerbungen, die nicht vollständig, form- oder fristgerecht eingehen, sind vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die eingereichten Unterlagen verbleiben bei der Hochschule.

§ 4

Auswahlverfahren

(1) Die Auswahlentscheidung wird wie folgt getroffen: Es wird eine Rangliste anhand der Abschlussnote nach § 2 Abs. 1 Buchst. a) bzw. der Durchschnittsnote nach § 2 Abs. 2 gebildet. Bei Ranggleichheit entscheidet das Los.

(2) Die Auswahlkommission (§ 5) trifft die Auswahlentscheidung.

(3) Im Übrigen bleiben die allgemein für die Immatrikulation geltenden Bestimmungen der Immatrikulationsordnung der Hochschule unberührt. Die Bewerberinnen und Bewerber, die nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a) Nr. 3 noch fehlende Praktika nachzuholen haben oder deren Studienabschluss nach § 2 Abs. 2 zum Bewerbungszeitraum noch nicht vorlag, werden mit Fristablauf exmatrikuliert, wenn sie das Bachelorzeugnis bzw. die Praktika bei Beginn im Wintersemester nicht bis zum 31.03. des jeweiligen Wintersemesters eingereicht haben, es sei denn, die Bewerberin oder der Bewerber hat dies nicht zu vertreten. Die Bewerberinnen und Bewerber, die nach § 2 Abs. 1 Satz 3 noch fehlende Module nachzuholen haben, können sich erst zur Masterarbeit anmelden, wenn die erforderlichen Nachweise erbracht und nachgewiesen wurden.

§ 5

Auswahlkommission für den Masterstudiengang Lehramt an Grundschulen

(1) Für die Vorbereitung der Auswahlentscheidung bildet die Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften eine Auswahlkommission.

(2) Einer Auswahlkommission gehören mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder an, die der Hochschullehrer- oder der Mitarbeitergruppe angehören müssen, und ein Mitglied der Studierendengruppe mit beratender Stimme. Wenigstens ein Mitglied muss der Hochschullehrergruppe angehören. Die Mitglieder werden durch den Fakultätsrat der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften eingesetzt. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr, Wiederbestellung ist möglich. Die Auswahlkommission ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

(3) Die Aufgaben der Auswahlkommission sind:

- a) Prüfung der eingehenden Zulassungsanträge auf formale Richtigkeit, sofern Grundsatz- oder Einzelfallentscheidungen zu treffen sind,
- b) Prüfung der Zugangsvoraussetzungen und der Nachweise, sofern Grundsatz- oder Einzelfallentscheidungen zu treffen sind,
- c) Entscheidungen über die Zulassung oder die Ablehnung der Bewerberinnen und Bewerber gegenüber dem Immatrikulationsamt bzw. dem International Office, welches den Zulassungsbescheid bzw. den Ablehnungsbescheid gegenüber der Bewerberin oder dem Bewerber erlässt.

(4) Die Auswahlkommission berichtet dem Fakultätsrat der Fakultät für Geistes- und Erziehungswissenschaften nach Abschluss des Vergabeverfahrens über die gesammelten Erfahrungen und unterbreitet ggf. Vorschläge für die Weiterentwicklung des Vergabeverfahrens.

§ 6

Bescheiderteilung, Nachrückverfahren, Abschluss der Verfahren

(1) Bewerberinnen und Bewerber, die zugelassen werden können, erhalten von der Hochschule einen schriftlichen Zulassungsbescheid. In diesem wird eine Frist festgelegt, innerhalb derer die Bewerberin oder der Bewerber schriftlich oder elektronisch zu erklären hat, ob sie oder er den Studienplatz annimmt. Liegt diese Erklärung nicht frist- und formgerecht vor, wird der Zulassungsbescheid unwirksam. Auf diese Rechtsfolge ist im Zulassungsbescheid hinzuweisen.

(2) Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden können, erhalten einen Ablehnungsbescheid, in dem der erreichte Rangplatz und der Rangplatz der zuletzt zugelassenen Bewerberin oder des zuletzt zugelassenen Bewerbers aufgeführt sind. Der Ablehnungsbescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Er enthält gleichzeitig die Aufforderung, innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich oder elektronisch zu erklären, ob der Zulassungsantrag für ein Nachrückverfahren aufrechterhalten wird. Legt die Bewerberin oder der Bewerber diese Erklärung nicht frist- oder formgerecht vor, so ist sie oder er vom Nachrückverfahren ausgeschlossen. Auf diese Rechtsfolge ist hinzuweisen.

(3) Das Nachrückverfahren wird anhand der Rangliste nach § 4 Abs. 1 durchgeführt.

(4) Die Zulassungsverfahren werden spätestens zum Semesterbeginn abgeschlossen. Danach noch verfügbare Studienplätze werden auf formlosen Antrag durch Los vergeben, unter der Voraussetzung, dass die Zugangsvoraussetzungen nach § 2 erfüllt sind. Der Bewerbungszeitraum hierfür beginnt 6 Wochen vor Semesterbeginn (Semesterbeginn: 01.10. bzw. 01.04. eines Jahres) und endet mit dem Abschluss des Verfahrens.

(5) Unterliegt der Studiengang Lehramt an Grundschulen keiner Zulassungsbeschränkung und stehen nach Durchführung der Einschreibungen noch freie Studienplätze im Rahmen der berechneten Kapazität zur Verfügung, können diese auf formlosen Antrag durch Los vergeben werden. Voraussetzung ist, dass die Zugangsvoraussetzungen nach § 2 erfüllt

sind. Der Bewerbungszeitraum hierfür beginnt sechs Wochen vor Semesterbeginn und endet spätestens mit Vorlesungsbeginn.

§ 7

Zulassung für höhere Fachsemester

(1) Der Bewerbungszeitraum für die höheren Fachsemester beginnt jeweils zum Winter- und zum Sommersemester. Die schriftliche Bewerbung muss mit den gemäß § 3 Absatz 2 erforderlichen Bewerbungsunterlagen bis zum 15. Juli (Ausschlussfrist) für das Wintersemester und bis zum 15. Januar (Ausschlussfrist) für das Sommersemester bei der Hochschule eingegangen sein. Die Bewerbung gilt nur für die Vergabe der Studienplätze des betreffenden Bewerbungstermins.

(2) Voraussetzungen für den Zugang und die Einstufung in ein höheres Fachsemester durch Quereinstieg sind:

a) ein gemäß § 2 Abs. 1 abgeschlossener Bachelorstudiengang. Das Bachelor-Zeugnis ist bei der Immatrikulation vorzulegen, andernfalls erlischt die Zulassung.

b) der Nachweis von bestandenen Leistungen, die dem Stand des jeweiligen Semesters im anvisierten Masterstudiengang entsprechen. Sofern die Leistungen nicht bereits mit der Bewerbung eingereicht werden, sind sie bei Bewerbung für das Wintersemester bis zum 20.08. (Ausschlussfrist) bzw. bei Bewerbung für das Sommersemester in ein höheres Fachsemester bis zum 20.02. (Ausschlussfrist) in der Fakultät nachzuweisen.

Die Bewerbung für ein höheres Fachsemester ist gleichzeitig ein Antrag auf Anrechnung der Leistungen, die der Einstufung gemäß b) zu Grunde liegen.

(3) Die freien Studienplätze in einem höheren zulassungsbeschränkten Semester werden in nachstehender Reihenfolge an die Bewerberinnen und Bewerber vergeben,

a) für die eine Ablehnung der Zulassung aus Gründen, die in ihrer Person liegen, eine besondere Härte bedeuten würde,

b) die im gleichen oder einem vergleichbaren Studiengang

aa) an einer anderen deutschen Hochschule oder einer Hochschule eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum eingeschrieben sind oder waren,

bb) mit deutscher Staatsangehörigkeit oder zulassungsrechtlich deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt an einer ausländischen Hochschule eingeschrieben sind oder waren,

c) die sonstige Gründe geltend machen.

Die Bewerberinnen und Bewerber in zulassungsbeschränkten Studiengängen müssen nachweisen, dass sie über den für das Studium in dem höheren Semester erforderlichen Leistungsstand verfügen.

(4) Innerhalb jeder der drei Fallgruppen des Absatzes 3 Satz 1 entscheiden über die Zulassung die für die Ortswahl maßgebenden sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründe, bei gleichem Rangplatz die Durchschnittsnote, bei dann noch gleichartigen Fällen letztlich das Los. Die Durchschnittsnote wird aufgrund der bisher erreichten Leistungen ermittelt.

(5) Bewerberinnen und Bewerber, die ihren Bachelorabschluss zum Bewerbungszeitraum noch nicht vorliegen haben, können zugelassen werden, wenn die Zugangsvoraussetzungen gemäß § 2 nachgewiesen werden. Dabei gelten folgende Fristen: falls die Bescheinigung nach § 2 Abs. 2 bis zum 15.07. (Bewerbungsfrist Wintersemester) bzw. bis zum 15.01. (Bewerbungsfrist Sommersemester) noch nicht vorliegt, ein Nachweis über bisherige Leistungen im Umfang von mindestens 120 Leistungspunkten. In diesem Fall ist die Bescheinigung nach § 2 Abs. 2 spätestens zum 20.08. (Ausschlussfrist Wintersemester) bzw. spätestens zum 20.02. (Ausschlussfrist Sommersemester) nachzureichen. Das Bachelorzeugnis ist bei der Immatrikulation vorzulegen. Ist der Bachelor bei der Immatrikulation noch nicht abgeschlossen, erlischt die Zulassung.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung über den Zugang und die Zulassung für die Masterstudiengänge „Lehramt an Grundschulen“, „Lehramt an Haupt- und Realschulen“ sowie „Lehramt an Gymnasien“, hochschulöffentliche Bekanntmachung vom 25.06.2015 (TU-Verköndungsblatt Nr. 1052), außer Kraft.